Nr. 10. Berlin, Sonntag, den 23. Januar 1870. Sechster Jahrgang

Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Diese Zeitung erscheint drei mal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Redaktion und Expedition: Berlin, Gitschinerstr. 17.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 16 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Postämtern in Preußen 16 Sgr., bei den außerpreußischen Postämtern in Deutschland gleichfalls 16 Sgr., (56 Kreuzer südd. Währung.)

Bestellungen werden auswärts bei allen Postämtern, in Berlin in der Expedition, sowie bei jedem soliden Spediteur entgegenommen.

Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro viergespaltene Petit-Zeile mit 3 Sgr. berechnet; Arbeiter-Annoncen die Zeile nur 1 Sgr.

Agentur für England, die Colonien, Amerika, China und Japan Mr. A. Duesing 8 Little-Newport-Street, Leicester-Square. W. C. London.

Mit dem 1. Januar hat ein neues Vierteljahrsabonnement auf den „Social-Demokrat" begonnen. Wir ersuchen diejenigen, welche noch abonniren wollen, dies sofort zu thun. Die Bestellungen werden auswärts bei den Postämtern, in Berlin bei der Expedition, Gitschinerstr. 17, und bei allen soliden Zeitungsediteuren gemacht. (Preis vierteljährlich 3 Sgr.)

Den neuen Abonnenten wird das Blatt für das ganze Quartal, vom 1. Januar an, vollständig nachgeliefert.

Politischer Theil.

Rundschau.

Berlin, 22. Januar.

☐ Im Preußischen Abgeordnetenhause gelangte folgender von den Herren Duncker und Hagen eingebrachter Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit zur Verhandlung. Derselbe lautet:

§ 1. Die bisherige Verpflichtung, von jeder Zeitung, Zeitschrift und jeder andern Druckschrift unter zwanzig Tagen, bei oder vor der Ausgabe ein Exemplar bei der Ortspolizeibehörde zu hinterlegen, wird aufgehoben. — § 2. Die bisherige Verpflichtung des Herausgebers einer Zeitung oder Zeitschrift, eine Kaution zu bestellen, wird aufgehoben. Zeitungen oder Zeitschriften dürfen jedoch nicht unter dem Namen und der Verantwortlichkeit eines stimmten Redacteurs erscheinen. Verantwortliche Redacteure dürfen nur solche einzelne Personen sein, die positionsfähig sind, sich im Vollbesitze der bürgerlichen Rechte befinden, und im Bereiche der preußischen Gesetzgebung ihren persönlichen Gerichtsstand haben. — § 3. Die bisherige Befugniß der Staatsanwaltschaft zu ihrer Organe, Druckschriften sowie die zur Vervielfältigung derselben bestimmten Platten und Formen vorläufig mit Beschlag zu belegen, wird aufgehoben. — § 4. Die Entziehung der Befugniß zum selbstständigen Betrieb eines Preßgewerbes durch richterliches Erkenntniß findet nicht mehr statt. — § 5. Alle den Verordnungen des Gesetzes zuwiderlaufenden Bestimmungen sind aufgehoben.

Vom Abgeordneten Lasker wurde beantragt, in § 2 in den letzten Zeilen statt: „der preußischen Gerichtsbarkeit" zu setzen: „des Norddeutschen Bundes". Ohne erhebliche Debatte wurde darauf der Gesetzentwurf mit der beantragten Aenderung Laskers angenommen.

Der passive Widerstand wird immer lauter von den „französischen Revolutionären" als einziges Mittel zur Erringung des Sieges gepredigt. Die „Marseillaise" stößt ins große Horn und sucht die Niederlage, welche Rochefort an dem Begräbnißtage erlitten, und welche nur durch Beschluß der Kammer, ihn gerichtlich verfolgen zu lassen, abgeschwächt ist, noch mehr zu verdecken. Sie schreibt: Es hat sich zwischen der Regierung und der Bevölkerung von Paris, hinter der ganz Frankreich steht, ein Kampf ganz neuer Art entsponnen, bei welchem die Assisenhofs nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Paris und Frankreich wollen der Regierung nicht eine Gelegenheit zur Metzelei bieten, welche den Augenblick nur weiter hinausschieben würde, wo 38 Millionen Wesen ihren vollen Besitz ihrer selbst und die Republik durch die Einheit wiederfinden werden. Wir sind gewiß — und die Welt theilt in diesem Punkte unsere Anschauungsweise — daß das Kaiserreich verloren ist. Es geht zu Grunde durch seine Unfähigkeit, durch seine Fehler und seine Verbrechen; es geht namentlich zu Grunde, weil die Opposition, die ihm gemacht wird, mit Chassepots nicht beikommen kann. Die Insurrection ist nicht mehr in der Straße, als im Bewußtsein; sie ist nicht der Kampf eines Tages, sie ist der langsame, aber unfehlbare Triumph der Vernunft und der Gerechtigkeit, sie ist die menschliche Natur selbst, der es vor dem Kaiserthum schaudert, wie vor dem Leeren und dem Nichts. Es ist nicht blos eine Revolution, die sich vorbereitet, es ist eine Renovation, ein zweites 1789, die Constituirung der social-demokratischen Republik.*) In dem Augenblick ist das Kaiserreich die Unordnung, denn es nicht mehr bestünde, würde morgen die größte Ordnung herrschen. Das Kaiserreich ist lange der Herr von Frankreich gewesen; heute sind die Rollen gewechselt. Wir halten das Kaiserreich mit dem allgemeinen Stimmrecht in der Hand. Sorgen wir dafür, daß sein Sturz uns weniger kostet als sein Entstehen und daß Napoleon III. hauptsächlich durch die Revolution der Verachtung fällt. Der Tod übrigens arbeitet mit uns.

O, ihr armseligen Revolutionäre! Auf den Tod des Gewalthabers setzt ihr eure ganze Hoffnung, anstatt sie zu setzen auf die urwüchsige Kraft der wahrhaft revolutionären Arbeiter. — Der Polizei-Präfect hat dem Justiz-Minister, welcher fortwährend zu Fuße geht, die Anzeige gemacht, daß man ihm nach dem Leben trachte. Auch dem Marschall Canrobert hat der Präfekt eine ähnliche Warnung zukommen lassen.

Ueber eine interessante Verhandlung im gesetzgebenden Körper am 18. Januar geben wir folgenden kurzen Bericht nach der „Eidf. Ztg.":

Beim Beginn der Sitzung kam es zu einem heftigen Wortstreit zwischen Ollivier und Gambetta, der als eine Fortsetzung der letzten plötzlich unterbrochenen Debatte bezeichnet werden kann. Gambetta antwortete auf ein von Ollivier gebrauchtes Wort. „So habt doch einen Funken von politischem Sinn," hatte Gambetta gesagt. „So habt doch einen Funken von Vaterlandsliebe und Gewissen!" hatte Ollivier erwidert. Niemand, antwortet darauf Gambetta, Niemand hat ein Recht, sich zum Richter meines Gewissens zu machen. Weniger als jeder Andere hat aber Herr Ollivier dieses Recht, denn er weiß aus eigener Erfahrung, wie verändert sein Gewissen ist. — Ollivier erklärt, daß gewisse Angriffe keine Antwort verdienen. Jeden Tag gäben Herr Gambetta und seine Freunde den Beweis dafür, wie sehr ihr Gewissen in Verwirrung gerathen. — Gambetta: sie sind von Ihren Wählern für unwürdig erklärt worden. — Ollivier: Wenn ich im Ministerium bin, so ist es aus Vaterlandsliebe. . . Gambetta: Aus Liebedienerei! — Ollivier: Die mir mein Glück vorwerfen, sind diejenigen, welche in der Politik ein Mittel suchen, ihr eigenes Glück zu machen. Ich habe immer nur ein Ziel verfolgt: Die Freiheit. — Gambetta: Sie waren Republikaner! — Ollivier: Seit 1857 habe ich nur das Bestreben gehabt, eine neue Revolution zu vermeiden. — Ferry: Dann haben Sie uns betrogen. (Rufe: Zur Ordnung!) — Gambetta: Sie haben der Lüge Beifall gespendet; hören Sie jetzt die Wahrheit. — Der Präsident: Ich rufe Herrn Gambetta zur Ordnung. — Gambetta: Rufen Sie Herrn Ollivier zum Bewußtsein der Ehre! — Die Kammer votirt den Schluß der Debatte. Gambetta ruft: Das ist stets euer Hülfsmittel; ein erbärmliches Mittel! —

Wir bemerken hierzu, daß wenn wir im Großen und Ganzen auch Gambetta Recht geben, so doch auch er ein Mißtrauensvotum von vielen seiner Wähler erhalten hat, da er seinen socialistischen Anschauungen, die er vor der Wahl entwickelte, durchaus untreu geworden ist.

*) Das Schlagwort social-demokratische Republik ist hellos nur gebraucht, um die Arbeiter dadurch zu ködern. Rochefort und Genossen nennen sich zwar Sozialisten, gehören aber in der That nur der Partei der radikalen Bourgeoisie an, obschon sie ab und zu einige sozialistische Phrasen gebrauchen; socialistische Forderungen haben sie nie aufgestellt.

Die Blauen und die Rothen.

Berlin, 22. Jan.

In den letzten Tagen enthielten die Berliner Blätter nachfolgende anscheinend sehr harmlose Annonce:

II. Landtags-Wahlbezirk. Versammlung der Wähler am Donnerstag den 20. Januar Abds. 8 Uhr im neuen Gesellschaftshause, Kottbusserstr. 1. Tagesordnung: Berichterstattung der Abgeordneten des Wahlbezirks, der Herren Stadtrath Runge und Dr. Johann Jacoby.

Der Wahlvorstand. Dr. Langerhans.

So harmlos diese Annonce klang, so bedeutend war der Schlag, den man in dieser „Wählerversammlung" gegen die Arbeiterpartei auszuführen gedachte. Bekanntlich geht schon seit geraumer Zeit die Taktik der bürgerlichen blauen Demokratie (Eisenacher) dahin, die Arbeiterpartei dadurch in's Schlepptau der bürgerlichen Demokratie zu bringen, daß letztere bis zu einem gewissen Grade socialistischen Anstrich annimmt, um sich bei den Arbeitern festzusetzen, sich in die Reihen derselben zu drängen, Uneinigkeit hervorzurufen und vor Allem Mißtrauen in die von den Arbeitern selbst geschaffene und eingesetzte Leitung der selbstständigen Arbeiterpartei zu säen. In der Versammlung vom 20. Januar sollte in dieser Beziehung ein Hauptschlag geführt werden; der Koryphäe der (Eisenacher) „Volkspartei" sollte in einem Vortrag über die sociale Frage möglichst socialistisch auftreten, um Boden bei den Arbeitern zu gewinnen. Wir sagen „möglichst" socialistisch; denn möglich ist eben für die bürgerliche Demokratie immer nur ein halber Socialismus, da dieselbe niemals ernstlich und vollständig die Sache der Arbeit verfechten kann. Nichts aber ist gefährlicher für die Arbeiterbewegung, als ein halber Socialismus; denn er entzieht der Bewegung den Nerv ihrer inneren Kraft, erzeugt Begriffsverwirrung, Unklarheit und eben dadurch auch Schwanken und Unsicherheit des Handelns. Die Partei mußte daher am Platze sein. Es war Pflicht des Präsidenten des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, diejenigen Parteimitglieder, welche Wähler im zweiten Berliner Wahlbezirk sind, auf den Posten zu berufen, damit dieselben von der Gesammt-Arbeiterpartei Deutschlands den Schaden, den man dieser zuzufügen gedachte, abwendeten. Demgemäß ward die Parole ertheilt. Diejenigen Parteimitglieder, welche zugleich Wähler des Bezirks sind,*) stellten sich mit gewohnter Disciplin vollständig ein, während zugleich für den Fall, daß die Gegner sich Thätlichkeiten erlauben würden, eine zahlreiche Reserve anderer Parteimitglieder in der Nähe aufgestellt war. Es zeigte sich indessen bald, daß die Unsern in der Versammlung selbst die ungeheure Majorität haben würden.

Zum Beweis übrigens, daß in der That beabsichtigt war, den Vortrag des Herrn Jacoby zu einem „Ereigniß" hinaufzuschrauben, d. h. einen Hauptversuch zu machen, die klare, feste und ganze Lehre der Arbeiterpartei durch Halbheiten zu verwirren, geben wir eine Mittheilung eines Hauptorgans der bürgerlichen (Eisenacher) Demokratie, nämlich der „Frankfurter Zeitung", zunächst Organs des Frankfurter Börsenjudenthums, wieder. Dieses Blatt schrieb am 17. Januar aus Berlin wie folgt:

Diese Woche wird noch ein Ereigniß bringen, das vielleicht ziemlich viel Veranlassung zu Erörterungen geben wird, eine Rede Dr. Joh. Jacoby's vor seinen Wählern des zweiten Berliner Wahlbezirks, welche sich mit der socialen Frage beschäftigen wird.

Ueber den Verlauf der Versammlung selbst lassen wir nun nachstehend die verschiedensten Berliner Zeitungen reden.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt:

Der Wahlvorstand des 2. Wahlbezirks hatte zum Donnerstag Abend eine Versammlung der sämmtlichen Wähler des Wahlbezirks in das „Neue Gesellschaftshaus" vor dem Cottbuser Thore eingeladen, um die Berichterstattung der beiden Abgeordneten des Wahlkörpers, Dr. Johann Jacoby und Stadtrath Runge, über ihre parlamentarische Thätigkeit entgegenzunehmen. Die Einladungen zu dieser Versammlung waren nur zwei Tage vor derselben in den Zeitungen publizirt worden, um so mehr war die Partei en famille. Als wir gestern Abend um 8 Uhr den Saal betraten, war derselbe dicht gedrängt gefüllt. Schon um 6½ Uhr soll derselbe besetzt gewesen sein. Mühsam mußten wir uns bis zur Tribüne hindurch arbeiten, auf welcher man Herrn Dr. Langerhans, den Vorsitzenden, offenbar etwas unbehaglich, erblickte. Dicht vor der Präsidenten-Tribüne bemerkte man den Präsidenten des Allg. deutsch. Arb.-Vereins Dr. v. Schweitzer mit dem jetzt in die Redaction des „Social-Demokrat" eingetretenen Reichstagsabgeordneten Hasenclever. Etwa 2000 Personen und darüber mochten die Anwesenden betragen. Von den sonst üblichen Plätzen für die Referenten, für die man sonst bei diesen Gelegenheiten immer Sorge trägt, war nichts zu erblicken und kaum gelang es später noch, für die Polizeibeamten einen Tisch herbeizuschaffen; man mußte sich eben zu behelfen suchen, wie es ging. Endlich nach 8¼ Uhr erschien Dr. Johann Jacoby in Begleitung von den übrigen Vorstandsmitgliedern Dr. Hermes, Dr. Rothmann, Stadtverordneten Romstedt, Dr. Guido Weiß u. s. w. Ein schwaches dreimaliges Hoch wurde ihm ausgebracht, ein weit lauteres auf Dr. Schweitzer, und damit die „Jacobiten" auch nicht im Zweifel sein konnten, wem dieses Hoch gelten sollte, so wurde es noch einmal auf „den Präsidenten des Allg. deutsch. Arb.-Vereins. Dr. v. Schweitzer" wiederholt. Als gleich darauf der zweite Abgeordnete des Kreises, Stadtrath Runge, erschien, war das Hoch, welches man auch ihm ausbringen wollte, noch viel geringer, als das Jacoby's. Um 8½ Uhr eröffnete dann Dr. Langerhans die Versammlung, und ertheilte zunächst das Wort zur Geschäftsordnung dem Dr. v. Schweitzer. Derselbe führte aus: Wie er höre, sei es die Anschauung der Einberufer der Versammlung, daß sie in derselben den Vorsitz führen sollten. Das sei seines Erachtens nach nicht richtig. (Oho! Rufe: Schweitzer hermete!) Wenn man eine allgemeine Volksversammlung einberufe, eine Versammlung, zu der alle Wähler des Kreises Zutritt haben, so müsse die Majorität bestimmen, wer den Vorsitz führen solle. Anders sei es, wenn man nur die Wähler der Fortschrittspartei oder der Volkspartei eingeladen hätte. Er bitte aber hier nach demokratischem Grundsatz zu verfahren und die Majorität über den Vorsitz entscheiden zu lassen. — Dr. Joh. Jacoby: Man wisse nach früheren Vorgängen, daß, wenn man in die Debatte über den Vorsitz in der Versammlung eintreten wolle, man, ohne etwas zu Stande zu bringen, nach Hause gehen könnte, ohne die Rede der Abgeordneten, den Zweck der heutigen Versammlung, zu hören. Um dies zu verhindern, wende er sich zuerst an die Anhänger Lassalle's, den er bereits 1847 in Bonn kennen gelernt und später in Berlin gesprochen und besucht habe. Er habe Lassalle sehr gut gekannt und sei überzeugt, wenn Lassalle hier anwesend wäre, würde er seine Anhänger ermahnen, ihn (Jacoby) ruhig anzuhören. Er habe gerade über die sociale Frage sprechen wollen und wünsche, daß die Versammlung ihn ruhig anhören möge. Wer den Vorsitz führe, sei ja gleichgültig, sicherlich werde er von beiden Parteien unparteiisch geführet werden. Er bitte Schweitzer, von seinen Ansichten abzustehen und Langerhans den Vorsitz zu überlassen. Richtig sei es, daß alle Wähler eingeladen seien, aber diese hätten schon vor Jahren sich einen Wahlvorstand gewählt, welchem er der Zweckmäßigkeit halber den Vorsitz zu lassen bitte — Dr. Schweitzer. Es handle sich hier um die Geltendmachung eines Prinzips, daß die Mehrheit bestimmen solle, wer den Vorsitz führe. Es sei in den Wahlversammlungen nichts Neues, daß Vorstand und Abstimmung künstlich gemacht würden. (Widerspruch.) Wenn Dr. Jacoby meine, daß die Versammlung resultatlos auseinander gehen werde, so trage nur er (Jacoby) und seine Partei die Schuld daran. (Pfui!) Er müsse sich wundern, daß Demokraten lieber eine Versammlung resultatlos verlaufen lassen wollten, als sich den Beschlüssen der Majorität beugen. Der Vortrag Jacoby's habe für die Social-Demokraten gerade das größte Interesse. Allein der Vorsitzende müsse durch die Versammlung gewählt werden, anders dürfe niemals verfahren werden. — Herr Baumann: Der Vorstand des Wahlkörpers sei ja bereits vor Jahren und zwar für die Dauer der Legislaturperiode des Landtages gewählt. (Unruhe und Unterbrechung.) Dr. Langerhans bestätigt dies. Der Vorstand sei gewählt, weil er die permanente Verbindung des Wahlkörpers mit den Abgeordneten unterhalten solle. Es würde ihm jedoch leid thun, wenn die Versammlung resultatlos verlaufen sollte und er bitte deßhalb, ihm Vorschläge für den Vorsitzenden zu machen. (Ein furchtbarer Lärm erhebt sich im Saale, aus dem man mit Mühe die Namen Schweitzer und Langerhaus vernehmen kann.) Dr. Langerhans macht, bevor er über den Vorsitz abstimmen läßt, darauf aufmerksam, daß es ehrlos sei, abzustimmen, ohne dem Wahlkreis anzugehören. — Bei der Abstimmung wird Dr. Schweitzer mit sehr großer Majorität gewählt, in gleicher Weise erhält Hasenclever als zweiter Vorsitzender die Majorität; Dr. Langerhaus und die übrigen bisherigen Vorstandsmitglieder verlassen die Tribüne und, wie sich später herausstellt, auch den Saal. Während einer kleinen Pause die Dr. Schweitzer eintreten läßt, um sich in dem leeren Nest der Fortschrittspartei häuslich einzurichten, wird von den Anhängern der Fortschrittspartei Protest erhoben: es hätten Leute mitgestimmt, die dem Wahlkörper nicht angehören; dieser Vorwurf geht aber in dem allgemeinen Lärm, der herrscht, verloren. Mehrere vereinzelte Stimmen fordern die Mitglieder der Fortschrittspartei zum Verlassen des Saales auf, und Einige kommen auch dieser Aufforderung nach. Dann erhält das Wort Dr. Joh. Jacoby, welcher sich auch an „die Mitglieder des zweiten Wahlkreises, welche ihm ihre Stimmen gegeben," zu wenden sucht, aber von einem fortwährenden Durcheinanderschreien unterbrochen wird. Als sich der Lärm beruhigt, führt Redner weiter aus, daß das Mandat, welches ihm übertragen, mit dem Ablauf der diesjährigen Legislaturperiode erlösche und er sich freue, heute den Wählern seinen Dank für das ihm bewiesene Vertrauen aussprechen zu können.

Hier kommt nun die ausführliche Rede Jacobys. Bevor wir deren Inhalt wiedergeben, lassen wir noch einige Zeitungen den Anfang der Versammlung beschreiben. Die „Volksztg." stellt denselben, wie folgt, dar:

Als ein Theil der Wähler, kurz vor der angesetzten Stunde zum Beginn der Versammlung erschien, war der große Saal bereits vollständig gefüllt. Das Arbeiter-Bataillon des Herrn Dr. v. Schweitzer war in Reih' und Glied aufmarschirt, an der Spitze der einzelnen Rotten die bekannten Führer, an der Spitze des Bataillons der Feldherr selbst, Herr Dr. v. Schweitzer, mit dem erwählten Vorsitzenden des Wahlkörpers, Herrn Dr. Langerhans, unterhandelnd. Die Lage erschien bedenklich, und das Gerücht von der Seitens der Socialisten beabsichtigten Sprengung der Versammlung ging wie ein Lauffeuer von Mund zu Mund. — Um 8¼ Uhr betrat Dr. Johann Jacoby den Saal; ein schwaches Hoch, das seine Anhänger hören ließen, wurde beantwortet durch ein kräftiges dreimaliges Hoch auf den Präsidenten des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins, Herrn Dr. von Schweitzer. — Ein Hoch auf Runge wurde mit einem „Hoch Hasenclever!" beantwortet, bis endlich Herr Dr. v. Schweitzer das Zeichen zur Ruhe gab, die dann auch sofort eintrat.

Die „Staatsb. Ztg." schreibt:

Um den Bericht ihrer Abgeordneten, Stadtrath

*) Auch der Präsident des Allg. deutsch. Arb.-Vereins und der Reichstagsabgeordn. Hasenclever gehören dem Bezirk zu.

Runge und Dr. Jacoby, und namentlich des letzteren neuestes Programm gegenüber der immer lauter werdenden socialen Frage entgegenzunehmen, hatten sich die Wähler des von jeher am weitesten nach links gehenden zweiten Berliner Landtagswahlbezirkes auf Einladung des bei Beginn der Wahlperiode eingesetzten Wahlvorstandes am Donnerstag Abend so zahlreich und zeitig in dem äußerst geräumigen, bequem 3000 Personen fassenden Saal des Neuen Gesellschaftshauses eingefunden, daß die weiten Räume schon eine Stunde vor Beginn der Verhandlungen überfüllt waren und die Anwesenden nach Entfernung von Tischen und Stühlen, die nicht einmal ausreichend für die Vertreter der Presse und die Beamten der Polizei reservirt waren, eine compacte Masse von dicht aneinander gedrängten Köpfen bildeten. Nur mit Mühe gelang es, bei seinem Erscheinen, dem Abgeordneten Jacoby (Herr Runge blieb im Hintergrunde) eine schmale Gasse zur Tribüne zu bahnen, der deren Besteigung ihm von seinen Anhängern ein dreimaliges Hoch gebracht wurde. Noch aber war der dritte Ruf nicht verhallt, da erschallte schon der Gegenruf: „Dr. Schweitzer lebe hoch!" und weil in dem Gewirr der Stimmen der Namen des letztgenannten nicht überall deutlich verstanden zu sein schien, wurde dieser Ruf für „den Präsidenten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" noch einmal ausgebracht und mit dreifachen Hoch begleitet.

Was nun die Jacoby'sche Rede selbst betrifft, so werden wir dieselbe in nächster Nummer ganz oder dem größten Theile nach ihrem von der „Zukunft" gebrachten Wortlaute nach wiedergeben. Für heute sei nur den Inhalt der Rede zusammenfassende Schluß derselben, wie folgt, mitgetheilt:

Fassen wir das Gesagte in Kürze zusammen!

Das Lohnarbeitssystem entspricht den Forderungen der Gerechtigkeit und Humanität ebenso wenig, wie die Sklaverei und Leibeigenschaft früherer Zeiten.

Wie Sklaverei und Leibeigenschaft, so war einst die Lohnarbeit ein — Kulturfortschritt, aus dem der Gesellschaft unleugbare Vortheile erwachsen sind.

Bei der socialen Frage der Gegenwart handelt es sich darum, das Lohnsystem zu beseitigen, ohne die Vortheile des auf gemeinsamer Arbeit beruhenden Großbetriebs einzubüßen.

Hierzu giebt es nur ein Mittel: Das System der freien Genossenschafts-Arbeit (Kooperativ-System). Die Gegenwart ist eine Zeit des Ueberganges von dem Lohnsystem (capitalistische Produktionsweise) zu dem genossenschaftlichen Arbeitssystem.

Damit der Uebergang in möglichst friedlicher Weise erfolge, müssen Arbeiter, Arbeitgeber und der Staat zusammenwirken:

Sache der Arbeiter ist es, vereint dem Drucke der Capitalherrschaft Widerstand zu leisten, sowie durch Bildung sich zur inneren und äußeren Selbstständigkeit zu erheben.

Sache der Arbeitgeber ist's, mit menschenfreundlichem Sinne der Arbeiter sich anzunehmen, insbesondere ihnen Antheil am Geschäftsertrage zu gewähren.

Der Staat endlich hat durch Förderung der Vereinsthätigkeit, Festsetzung eines Normalarbeitstages und unentgeltlichen Unterricht die Bildungsbestrebungen der Arbeiter zu unterstützen. Ihm liegt zugleich die Pflicht ob, durch Reform des Bank- und Geldwesens wie durch Gewährung von Staatskredit — der genossenschaftlichen Produktionsweise im Großen und Ganzen Vorschub zu leisten.

Da eine derartige Hülfe nur allein vom freien Staate zu erwarten steht, so ist es klar, daß Arbeiter und Arbeiterfreunde vor Allem die staatliche Freiheit zu erkämpfen haben.

Politische und sociale Freiheit — Freiheit des Bürgers ohne Aufopferung der Mehrzahl der Menschen als Lohnarbeiter, — das ist die Aufgabe unseres Jahrhunderts. Die Errungenschaften der Blut- und Eisenpolitik, der Waffenlärm unserer Tage, das Ringen und Jagen nach Macht und Herrschaft, nach Reichthum und Sinnengenuß — es sind nur Wellenkräuselungen auf der Oberfläche des Zeitstromes; — in der Tiefe — still, aber unaufhaltsam — schreitet vor die Erkenntniß der Natur und des Geistes und mit dieser Erkenntniß das Bewußtsein der Selbstherrlichkeit des Menschen — der weltbewegende Gedanke der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit Aller! Mögen auch Jahre und Jahre darüber vergehen, erfüllen wird sich das Wort der Schrift, jene frohe Botschaft, die der elektrische Draht als ersten Gruß des freien Amerika zu dem — von Waffen starrenden Europa herüberträgt:

„Friede auf Erden und — den Menschen ein Wohlgefallen!"

So der Schluß der Jacoby'schen Rede.

Der Aerger der Gegner zeigt sich natürlich abermals darin, daß die Arbeiter nach Weise der Volkspartei, wenn auch nicht gerade wieder als „Brüllaffen" u. dgl., doch wenigstens als Pöbel u. s. w. verschrieen werden. Die „Voss. Ztg." schreibt:

Diese zum überwiegenden Theil dem ärgsten Janhagel angehörenden Personen hatten in starker Zahl vor der Eröffnung des Saales, welche nach 7 Uhr stattfand, vor demselben Posto gefaßt und umlagerten gleich nach ihrem Eintritt Schulter an Schulter das Podium, auf welchem sich das Büreau bilden sollte, so daß ein Hinaufkommen nur mit großer Mühe zu ermöglichen war. — Nachdem Schweitzer zum Präsidium gelangt war, verließen die Herren Langerhans, Runge und der größte Theil der anderen Herren des Wahlvorstandes den Saal, so daß sich die Rednerbühne fast ausschließlich in der Gewalt der Anhänger Schweitzer's befand incl. Hasenclever's, welcher die Versammlung leitete, wenn Schweitzer sprach. Betäubendes, sich zum Schluß der Rede Jacoby's steigerndes „Schluß"-Rufen, mit vielen höhnischen und beschimpfenden Bemerkungen begleitet, nebst drohender Haltung in Wort und Gebehrde des Pöbels, welcher ausschließlich die ganze Mitte des Saales, hart aneinander gedrängt, einnahm. Sichtbare Signale wurden von verschiedenen Stellen gegeben, wonach gewisse Demonstrationen, als Schlußrufe, Hoch's auf Schweitzer ꝛc. geregelt wurden. Hinausgeworfen wurden einige Personen, welche dazu aufforderten, daß die eigentlichen Wähler des 2. Wahlkreises, im Hinblick auf die unberechtigten Eindringlinge, den Saal verlassen möchten

Alles unwahr! Niemals hat sich die Disciplin der Partei glänzender gezeigt, als darin, daß die fast zweistündige Rede Jacoby's trotz der unzureichenden Stimme desselben in dem dichtgefüllten Saal im Ganzen ruhig zu Ende gehört wurde.

Herr Jacoby mußte bedenken, daß wenn man vor einer so großen Versammlung eine fast zweistündige Rede halten will, man wenigstens mit der Stimme muß durchdringen können. Wunderte sich Niemand, wenn es hinten, wo nichts verstanden wurde, stellenweise unruhig wurde. Es gelang indessen der Autorität des Vorsitzenden jedesmal, die Ruhe wieder herzustellen. Aber so viel ist gewiß: wenn man Herrn Jacoby, obschon er entschieden zu leise und zu lang sprach, nicht unterbrach, so lag dies hauptsächlich daran, daß man mit Recht an ihm ehren wollte, daß er nicht gleich den Fortschritts-Abgeordneten im Concerthaus Reißaus nahm, sondern pflichtgemäß in der einmal angesagten Versammlung den einmal angesagten Vortrag hielt. Darin hat sich Jacoby dem Fortschrittlerthum gegenüber in günstigem Lichte gezeigt. Er hat nicht Angst vor dem Volk an den Tag gelegt: wo jene andern feig und undemokratisch handelten, hat er sich männlich und demokratisch gezeigt. Und dies um so mehr, als jene Fortschrittsabgeordneten, die eine allgemeine Volksversammlung berufen hatten, nicht einmal einen Vorwand haben konnten, auszureißen, sobald sie nicht die Majorität hatten; während man am Donnerstag Abend sich wenigstens hinter der, freilich unbegründeten, Behauptung hätte verkriechen können, es seien viele Nichtwähler vorhanden. Manche haben sich in der That hinter diesem Vorwand verkrochen — Herr Jacoby hat es nicht gethan. Es ist wahr: er ist nur seiner Pflicht nachgekommen; aber wo die Führer anderer Parteien nicht einmal der einfachsten Pflichterfüllung gegen das Volk nachkommen, erscheint selbst diese einfache Pflichterfüllung als anerkennenswerthes Verdienst.

Daß aber wirklich während der langen Rede im Ganzen Ruhe gehalten wurde, sei aus dem Zeugniß eines ganz unparteiischen Blattes, der „Staatsb.-Ztg.", und aus dem Zeugniß des Organs Jacoby's selbst, der „Zukunft", nachgewiesen.

Ersteres Blatt bemerkt:

„Im Ganzen war die Haltung der Versammlung eine friedliche und während des größten Theils der Jacoby'schen Rede entschieden ruhige."

Die „Zukunft" bemerkt:

„Die Versammlung hörte mit anerkennenswerther Ruhe zu, erst im letzten Drittel der Rede erhoben sich, da der Redner am Rande des Saales unverständlich war, Schlußrufe, die indessen durch die Glocke des Präsidenten regelmäßig gebändigt wurden."

Dem gegenüber können wir die Unwahrheiten der „Voss. Ztg." und anderer Blätter auf sich beruhen lassen.

Wir haben bei dieser Gelegenheit einen Irrthum der „Zukunft" fernzuhalten. Dieselbe stellt eine Aeußerung Schweitzer's so dar, als habe derselbe Jacoby vorgeworfen, daß dieser eine Ausführung den Werken von Karl Marx entnommen habe. Eine solche Aeußerung wäre von Schweitzer der Gipfel des Blödsinns gewesen. Schweitzer hat — und selbst dies nur beiläufig — dem Vortragenden vorgeworfen, daß er eine wichtige Ausführung von Marx entnommen habe, ohne diesen zu nennen. Die desfallsige Aeußerung Schweitzers lautete nach der stenographischen Aufzeichnung eines der anwesenden Reporters wie folgt:

Es hat mich aufs Aeußerste gefreut, Herrn Jacoby entwickeln zu hören, wie die capitalistische Productionsweise durch Zusammenhäufen des Proletariats in große Industriecentralpunkte im eigenen Schooße den Feind großzuziehen, der revolutionären Idee die Armee zu werben genöthigt ist. Hätte nur Herr Jacoby von dem großen Denker, dem er diese tiefe Ausführung entnommen ohne ihn zu nennen, von Karl Marx, noch weiter gelernt, daß ꝛc. ꝛc.

Ueber den weiteren Verlauf der Versammlung lassen wir nun die „Vossische Zeitung" berichten. Dieselbe schreibt:

An den Vortrag knüpfte sich eine Diskussion, in welcher Herr Dr. Schweitzer, nachdem er den Vorsitz an Herrn Hasenclever abgegeben, zuerst das Wort ergreift. Es freue ihn, so sagte er u. A., zu sehen, daß nach und nach alle Parteien genöthigt würden, „unsere" Wahrheiten anzuerkennen. (Bravo der Schweitzer'schen Anhänger und andererseits Gelächter und „Oho" Rufe.) Was Herr Dr. Jacoby heute hier verkündet habe, das und noch viel mehr, sei von den Mitgliedern der von Lassalle gegründeten Arbeiterpartei schon seit sechs oder sieben Jahren verkündet worden, und wie der Erfolg beweise, habe man es von Seiten der übrigen Parteien nur vergebens ignorirt. Jetzt sei man nachträglich gezwungen, die Wahrheit zu gestehen. Das Gehörte sei im Wesentlichen richtig; allein man hätte das ebenso gut auch vor 6 Jahren sagen können. Die reaktionäre, die Fortschritts- und die Volkspartei liebäugele nur mit den Arbeitern, weil Letztere jetzt selbst auf den Kampfplatz getreten seien. Seitens jener Parteien werde nur gesucht die Arbeiter zu zersplittern, indem man scheinbar deren Grundsätze annehme, sie aber wirklich nur halb annehme. Herr Dr. Jacoby bleibe auf halbem Wege stehen, und dies sei das Schlimmste in allen Dingen, das Allerschlimmste in revolutionären Dingen, wo die ganze Kraft eingesetzt werden müsse. Die Produktivassociationen sollen nur den Uebergang vom heutigen Gesellschaftszustand zum künftigen anbahnen, sie seien nur ein Mittel, um zu ihm zu gelangen, aber nicht er selbst, wie Dr. Jacoby zu glauben scheine oder vorgeben wolle. Im künftigen Gesellschaftszustande, wie ihn die Socialisten anstreben, habe man es nicht mit einer Reihe einander Concurrenz machender und neuerdings zur Bildung von Privatkapital führender sogenannter „freier" Productiv-Associationen zu thun, sondern der ganze Staat bilde gleichsam nur eine einzige Productiv-Association der organisirten Arbeit. Dies könne nicht, wie Herr Dr. Jacoby glaube oder empfehle, durch das einträchtige Zusammenwirken von Staat, Kapitalist und Arbeiter erreicht werden. Der Staat müsse erst im Besitze der Arbeiter, oder mit anderen Worten, die Arbeiter müßten erst im Besitze der Herrschaft über den Staat sein, wenn der Staat Etwas für sie thun solle. Zu diesem Besitz aber werde sich die Arbeiterklasse niemals im Einklang mit anderen Gesellschaftsklassen setzen können. Der Gegensatz zwischen Kapitalist und Arbeiter werde ein Zusammengehen Beider zu dem bezeichneten Zwecke stets unmöglich machen. Krieg sei und müsse sein zwischen Beiden, Krieg, zunächst auf gesetzlichem Boden, aber Krieg aufs Aeußerste. Die Arbeiterklasse könne nur ganz allein und nur im schroffsten Gegensatze zu allen übrigen Staatsbürgern die soziale Freiheit erkämpfen. „Stehen Sie fest zusammen und Sie brauchen Niemand, Sie ganz allein machen es, aber auch nur Sie!" (Dreimaliges Hoch auf Schweitzer.) Abg. Jacoby erwidert auf sämmtliche Aeußerungen des Vorredners. Seine Erwiderung gipfelte in der Erklärung, daß er, wie er in seiner Rede ausdrücklich betont habe, nur die nächsten Ziele einer socialen Reform habe darlegen wollen; gegen die weiteren Consequenzen daraus sich zu verwahren, sei er am allerweitesten entfernt, auch habe er nur davon gesprochen, wie auf friedlichem Wege dies Ziel angestrebt werden müsse; gehe es nicht, nun, dann werde sich der Kampf schon von selbst einstellen. Die fernere Discussion, an welcher sich hauptsächlich Anhänger Schweitzer's betheiligten, drehte sich theils um den Jacoby'schen Vortrag, theils um den Strike in Waldenburg. Nach Schluß der Diskussion wurde folgende von Herrn Hasenclever eingebrachte Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt nach dem Vortrage des Herrn Dr. Jacoby: daß derselbe zwar manche socialistischen Wahrheiten in sich aufgenommen hat, bedauert aber zugleich, daß er auf halbem Wege stehen geblieben ist."

Indem wir uns vorbehalten, auf die Versammlung im Gesellschaftshause zurückzukommen, haben wir noch einige Curiosa mitzutheilen.

Ein solches Curiosum besteht darin, daß die Frankfurter Zeitungen ganz ruhig berichten, die Herren Jacoby und Runge hätten am 20. dss. im Gesellschaftshause zu ihren Wählern gesprochen; der Inhalt der Reden wird kurz angegeben, aber von uns ist mit keiner Sylbe die Rede. Und dabei hat Herr Runge, da er vorzog, auszureißen, gar nicht gesprochen. Erklärung dieses Curiosums: Der Bericht ist an die Frankfurter Blätter abgegangen, bevor die Versammlung stattgefunden hatte. So fabricirt man Berichte für die Presse.

Ein weiteres Curiosum ist, daß, als Schweitzer in das Gebäude eintreten wollte, in großer Aufregung ein Judenjüngling zu ihm heranеilte und ihm warnend zurief: „Gehen Sie nicht hinein; es sind lauter Social-Demokraten drin; wie kann Einer gehen zu so eine Versammlung!" Ungeheuere Heiterkeit der Umstehenden.

Wir schließen für heute mit der Bemerkung: Die Partei war wiederum in Berlin zu rechter Zeit am Platz; sie wird es auch in Zukunft immer sein

Zur Vermeidung von Mißverständnissen.

Es ist vorauszusehen, daß die Presse in Anknüpfung an die Versammlung im Gesellschaftshaus erneut über Beeinträchtigung des Versammlungsrechtes jammern wird. Gegenüber dem vergangenen und etwaigen zukünftigen Blödsinn in dieser Beziehung sei ein für allemal Folgendes erklärt:

Wenn man allgemeine Volksversammlungen, allgemeine Wählerversammlungen u. dergl. beruft, kurz, Versammlungen, zu denen jeder Berechtigte ohne Unterschied der Parteifarbe erscheinen kann, so hat man zu gewärtigen, daß in allen Fällen, wo es uns gut scheint, auch unsere Partei am Platze ist. Man hat in solchen Versammlungen nach allgemeinem parlamentarischem und demokratischem Gebrauch den Vorsitzenden (das Bureau) durch die Mehrheit der Versammlung wählen zu lassen. Will man keine Social-Demokraten haben, so berufe man Versammlungen von bestimmter Parteifarbe. Wird z. B. eine Versammlung der Fortschrittspartei berufen oder sind z. B. die Wähler der „Volkspartei" eingeladen u. s. f., so werden wir nicht kommen. Ist hingegen die Einladung allgemein, so werden wir gelegentlich kommen und uns auch nicht durch das Erforderniß ausgegebener Karten und dergleichen Firlefanz abhalten lassen. Denn wir können nicht dulden, daß man Partei- oder gar Cliquen-Versammlungen unter dem falschen Schein allgemeiner Versammlungen abhalte. Wir verlangen nur, was recht und demokratisch ist: offenes, wahrheitsgetrenes Vorgehen. Man weiß jetzt, woran man ist und richte sich darnach, wenn man nicht seinen eigenen Schaden besehen will.

Vereins-Theil.

(Für den Allg. deutschen Arbeiter-Verein.)

An die Mitglieder des Allg. deutsch. Arbeiter-Vereins.

Ihren Verpflichtungen für den Monat December gegen die Hauptkasse sind nachgekommen:

Bottrop, Bielefeld, Bremen, Bernburg, Bürgel, Brandenburg, Bayenthal, Celle, Cassel, Clausthal, Dietesheim, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Elberfeld, Erndorf, Frankfurt a. O., Großen-Köpe, Griesheim, Görlitz, Gießen, Hansen, Hanau, Hannover, Hertzberg, Hasburg, Halberstadt, Hedderneim, Herford, Hamburg, Hensenstamm, Jyehoe, Kiel, Kammerförster-Höh bei Plickeswagen, Lorenzhaus, Lübeck, Mülheim a. M., Münden, Neu-Lübtau, Nowaweß, Neu-Isenburg, Neviges, Neumünster, Naumburg, Nippes, Oberlohausen, Oidesloe, Ottensen, Offenbach a. M., Osterode, Pansa, Pinneberg, Reichenbach, Sangerehausen, Stuttgart, Wandsbeck, Wüstegiersdorf.

Theilweise sind ihren Verpflichtungen für Monat December nachgekommen:

Dresden, Iserlohn, Lauterberg.

Heidelberg hat für Monat November eine entschuldigende Abrechnung eingesandt.

Die specialisirte Aufstellung der Geldeinsendungen, welche an mich bis zum 15. December 1869 gelangt sind, wird innerhalb weniger Tage den einzelnen Bevollmächtigten zugesandt werden.

Ich fordere nunmehr aber die Bevollmächtigten und Beitragsammler ernstlich auf, ihre Pflicht vollständig zu thun; mit Veröffentlichung der Säumigen werde ich aus dem Grunde noch warten, weil durch die Generalversammlung den Mitgliedern große Kosten erwachsen sind, aber ich hoffe, daß die Veröffentlichung wenige Orte treffen wird.

Berlin, den 22. Januar 1870.

Wilh. Hasenclever, Ver
Adr.: Gitschinerstraße

Wüstegiersdorf, 18. Jan. (Par griffe.) Sonnabend den 15. Jan., A hatte Unterzeichneter eine Arbeiterversammlu Der erste Punkt der Tagesordnung war: versammlung des Allg. deutsch. Arb.-Ver der Bericht aus dem „Social-Demokrat wurde. Als zweiter Punkt der Tagesordnu Intriguen der Gegner behandelt werden. hatte Herr Hoffmann aus Donnerau d griffen, um zu referiren, als der hiesige G Seidel, der die Stelle des überwachen vertrat, Herrn Hoffmann fragte, ob er könne, wenn dies nicht der Fall sei, werde sprechen lassen. Da wir dies willkürliche B als zulässig anerkennen wollten, weil H aus dem nächsten Nachbardorfe ist, so entst darüber. Endlich sah sich der Vorsitzende Versammlung zu schließen, doch werden wir eine andere abhalten. Hoffmann wird zu fluß eine Legitimation mitbringen und sieht hier wieder, wie human die Polizei fährt. Mit social-demokratischem Gruß

Ernst Sie

* Durch die Zeitungen läuft folgen

Stettin:

„Der Agitator Armborst war vor ei Nachts mit mehreren jungen Leuten in Local in einen Wortwechsel gerathen, der a demnächst in einen thätlichen Conflikt ausa dem Armborst einen Dolch zog und dam seines Gegners zerfetzte. Armborst stand d. M. unter der Anklage der Beraubung g und des Tragens „verbotener" Waffen vo richter, wurde aber freigesprochen, weil i Unfug" nicht nachgewiesen werden konnte, ter definirte, ein in einer Scheide getrage keine verborgene „Waffe". Der Polizeiann gegen Armborst eine neue Anklage wegen von Waffen gegen Wehrlose" zu begründen

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, d Anklage gleichfalls fallen wird, denn Arm jener Gelegenheit keineswegs Waffen gegen braucht, sondern es hat blos durch Ziehen eine mit Todtschlägern bewaffnete Bande z Wie gerechtfertigt diese Handlungsweise ab zeigt der spätere gewaltthätige Ueberfall geg losen Armborst.

* Aus **Frankfurt** a. M., 20. Jan Nachstehendes zur Veröffentlichung zu währtes Parteimitglied, Delegirter bei versammlungen des Vereins und des Ver Schneider (Schneider) aus Frankfurt a read seiner Thätigkeit in Berlin von der fallen worden und liegt immer noch d Wohl haben sich bereits einige Freunde zu und ihm einiges Geld geschickt, allein es r Arzt, Medizin, Pflege u. s. w., und auch die Fahrt zweiter Klasse in seine Heimath Wir richten daher vor allem an seine M die Mitglieder der Schneidergewerkschaft so liche Parteigenossen die Bitte, ihr Scherf Mit social-demokratischem Gruß

Peter Schneider, Ver

Zu Vorstehendem bemerken wir, daß des „Soc.-Dem." zur Entgegennahme v bereit ist, und machen noch darauf aufmer höchste Eile Noth thut. Die Partei daher ihre Gaben für Jos. Schneider bal W. Gräwel, Gitschinerstr. 17, in Ber

---

* Der Vorstand hat in seiner erst bisherigen Vereinsmitglieder Neff und München aus dem Verein ausgeschlossen, zu selbstsüchtigen Zwecken versucht haben, bayrische Social-Demokratie zu gründen Zweck Theile des Allg. deutsch. Arb.-Ver sowie weil sie überhaupt mit den „Ehrlic gehen. In Betreff des Herrn Richter a haben die Hamburger Mitglieder mit Stimmen die Ausstoßung beantragt, weil fäger behaupten, Herr Richter wiederholt in trunkenem Zustand auf die Gener und die von dieser gebilligte Vereinsleit hat, überhaupt eine maßlose, die Sache sch keit an den Tag legt und Zwietracht sät. ist zur Vertheidigung aufgefordert worden stand wird demnächst zu entscheiden haben.

Verbands-Theil.

(Für den Allgemeinen deutsch. Ar Verband.)

Generalversammlung des Allg Arbeiterschaftsverbande

Zweiter Tag.

Berlin, 1

Präsident v. Schweitzer eröffn um 10 Uhr. Nach Verlesung und des Protokolls der letzten Sitzung batte über die Frage fortgesetzt, ob fassung in der Verschmelzungs heit eine einfache oder eine Maj

Schallmeyer (Hamburg) ist der wenn man die Nothwendigkeit einer als erforderlich erachte, nach § 20 d der „Anwesenden", d. h. der Köpfe, den Ausschlag geben müßten; aber eine Urabstimmung, so könnten Mitglieder stimmberechtigt sein, welche pflichtungen pünktlich nachgekommen bei würde sich unbedingt die nöthige für die Verschmelzung herausstellen.

Grüneberg (München) fürchtet Zwiespalt im Allg. deutsch. Arb.- den Gewerkschaften, wenn man so schmelzung dekretiren wolle, er wün mal kleine Anfänge und Vorbereitun bis zur nächsten Generalversammlung den Vereinigungsbeschluß.

v. Mitzel (Berlin) beantragt:

Die Generalversammlung möge beschl

Verbandskasse zahlende Mitglieder das Recht erhal- über die Verschmelzung und sonstige Veränderungen Statuts zu stimmen.

Haustein (Offenbach) ist gegen diesen Antrag, die ganze Metallarbeiterschaft, die sonst am ...sten gesteuert, vom Stimmrecht ausgeschlossen ...de, weil ihr der Hauptkassirer, Hamann, „ehr-" geworden und mit dem Gelde durchgegangen Was den Gegenstand der Abstimmung selbst ...ngt, so wünscht Redner die Suspendirung des ...chlusses, dagegen Beschränkung der Gewalt der ...elnen Präsidenten und größere Concentrirung Kassenangelegenheiten.

Nach weiterer Debatte über den eigentlichen ...genstand der Diskussion erklären sich Liebisch ...mburg) und Klein (Elberfeld) gegen jede Be-...ngelung des gestrigen Beschlusses, da mit noch-...liger Prüfung der Mandate die bisherigen Ver-...dlungen gegenstandslos würden.

Nach längerer Debatte, in welcher keine neue Gesichtspunkte geltend gemacht wurden, erklärt die Versammlung für die Nothwendigkeit einer Majorität für die Beschlußfassung in der Ver-...melzungsfrage.

Da bei der gestrigen Abstimmung diese ²/₃ Ma-...tät nicht erreicht ist, so ist die sofortige Ver-...melzung definitiv abgelehnt.

Dagegen erklärt die Versammlung nahezu ein-...mig:

Die Verschmelzung der Gewerkschaften ist im Prin-...anzustreben, es ist Pflicht eines jeden Delegirten, ...r Sorge zu tragen.

Zu der Frage, ob im Voraus ein bestimmter ...min für die Verschmelzung festgesetzt werden beantragt Tölcke:

Den 1. Juli d. J. als diesen Termin zu normiren die Vorlage des Präsidiums betreffs des künftigen ...tuts sofort durchzuberathen.

Hartmann, Vater (Hamburg), Winter ...tona). Klein (Elberfeld), wollen der nächsten ...neralversammlung die Beschlußfassung darüber ...behalten.

Siegrist und Schallmeyer (Hamburg) em-...len den Tölcke'schen Antrag, da bis zur näch-... Generalversammlung die jetzt für die Ver-...melzung günstige Strömung wieder schwinden ...nte.

Finn (Berlin) bittet zu Gunsten der weiteren ...dehnung der Gewerkschaften, vorläufig von ...em solchen Beschluß abzustehen.

Bräuer (Hamburg) beantragt, eine Urab-...mmung über das heut zu berathende neue Ver-...dsstatut sechs Wochen vor der nächsten Gene-...versammlung vornehmen zu lassen.

Die Versammlung beschließt endlich gegen 17 ...mmen:

Die Verschmelzung am 1. Juli 1870 eintreten zu ...en und sofort unter Zugrundelegung der Vorlage des ...äsidiums eine vollständige Verfassung des neuen Ver-...des auszuarbeiten.

Mit diesem Beschluß werden sämmtliche vor-...gende Anträge auf Veränderung der Statuten, ... Organisation rc. als erledigt betrachtet.

Es beginnt nun die Debatte über das neue ...atut des Allgemeinen deutschen Gewerk-...reins. Referent ist Lübkert (Berlin).

§ 1 der Vorlage erhält nach längerer Debatte ...r die Benennung der Vereinigung folgende ...ssung:

§ 1. Der Verein führt den Namen „Allgemeiner ...utscher Arbeiter-Unterstützungs-Verband" ...d hat seinen Sitz in Berlin.

§ 2 der Vorlage kommt zur Verhandlung.

An der Debatte, die sich ausschließlich um die ...glassung des letzten Absatzes dreht, betheiligen ... Schallmeyer, A. Kapell, Aurin, Bräuer, ...henk, O. Kapell und Siegrist. Der letz-...e Absatz wird gestrichen.

Nach kurzer Befürwortung des § 3 durch den ...ferenten, werden von Hörig, Liebisch, Ka-...ll, Bräuer und Hartmann Abänderungs-...träge gestellt, die jedoch fallen. Einige zunächst ...schlossene Aenderungen, welche Nichtarbeiter un-...dingt zulassen, werden im Laufe der General-...sammlung wieder aufgehoben.

Zu § 4 beantragt der Referent das Eintritts-...ld auf 3 Sgr. festzusetzen, A. g. Kapell und ...urin wollen in Anbetracht der Opfer der bis-...rigen Mitglieder den Satz von 5 Sgr. beibe-...alten wissen. Die Versammlung setzt das Ein-...ittsgeld auf 3 Sgr., den laufenden Beitrag für ...s erste Jahr auf 1 Sgr. pro Woche fest.

Knöllner und Schenk beantragen zu § 5, ...tt des Schlusses im ersten Absatz zu sagen: „Während der Krankheit ist das Mitglied von ...ahlung der Beiträge suspendirt." Haustein ...antragt, hinzuzufügen: „Ueber Streitigkeiten in ...esen Fällen entscheidet die nächste Vereinscom-...ssion." — Bei der Abstimmung wurden beide ...träge angenommen.

Bei § 6 beantragten Hartmann u. Lehder ...reichung. Nach kurzer Empfehlung der Vorlage ...rch den Referenten und Schalmeyer wird der ...ragraph jedoch angenommen.

Siegrist befürwortet zu § 7 den Zusatzan-...:

Innerhalb acht Tagen nach angezeigtem Wahlresultat ...die Bestätigung resp. Nichtbestätigung durch das Ver-...dsorgan anzuzeigen.

Kapell beantragt statt dessen:

Wird die Bestätigung innerhalb acht Tagen nicht ...sagt, so gilt dieselbe für ertheilt.

Die Versammlung entscheidet sich für letzteren ...trag.

Der Referent beantragt zu § 8, hinter „Schrift-...rer" einzuschalten: „drei Revisoren"; die Ver-...mmlung stimmt dem zu, streicht dagegen die ...orte: „und der sonst am Orte nöthigen ...amten."

Bei § 9 dreht sich die Debatte zumeist um die Frage, ob eine Eintheilung großer Mitgliedschaften nach Bezirken oder nach Fachgenossen erfolgen soll, resp. ob eine solche Eintheilung überhaupt räthlich und nöthig ist. — Nach langer, sehr eingehender Debatte erhält der Paragraph folgende Fassung:

In großen Städten ist es den Bevollmächtigten gestattet, die Mitglieder in Bezirke einzutheilen und in Betreff der Verwaltung unter Zustimmung der Mitglieder die nöthigen Anordnungen zu treffen. Die von ihnen vorzuschlagenden und von den Mitgliedern zu ernennenden Bezirksbeamten haben seinen Anordnungen Folge zu leisten. — Der Bevollmächtigte in einer solchen Stadt ist, wenn eine gemeinsame Versammlung aller Mitglieder unmöglich ist, in der Art zu wählen, daß die Abstimmung zwar in den getrennten Bezirksversammlungen stattfindet, die in denselben abgegeben Stimmen aber einheitlich zusammengerechnet werden. — Den Bäckern und denjenigen Arbeitern, welche durch ihre Beschäftigung verhindert sind, Abends an Versammlungen Theil zu nehmen, ist es gestattet, besondere Versammlungen abzuhalten.

Bei § 10 dreht sich die Debatte namentlich um die Frage, ob ein Delegirter nur eine oder so viele Stimmen repräsentiren solle, als er eben Mitglieder zu vertreten habe. Von der einen Seite wurde beantragt:

Auf je 1000 Mitglieder ist ein Delegirter zu entsenden.

Von anderer Seite:

Der Ausschuß möge den Verband in Kreise (je nach Einwohnerzahl) eintheilen und jeden Delegirten nur eine Stimme ertheilen.

Beide Anträge wurden abgelehnt und der § 10 in der Fassung der Vorlage angenommen.

§ 11 wurde in der von der Vorlage gemachten Fassung angenommen.

Bei § 12 wurde die Fassung des Alinea 1 dahin erläutert, daß bei Abänderungen der Satzungen eine Mehrheit von Zweidrittheilen der vertretenen Stimmen erforderlich sei, so daß also z. B. wenn 21,000 Mitglieder in der Versammlung durch Delegirte vertreten sind, 14,000 Stimmen dafür sein müssen; dann wird § 12 in der Fassung der Vorlage angenommen.

Zu § 13 wird beschlossen, in Alinea 2 hinter den Worten: wenn zwei Drittheile der ständigen Vereins-Commissionen — hinzuzufügen: „oder ein Sechstel der Mitglieder".

Es wird hier zunächst vom Präsidenten der Versammlung die Frage vorgelegt, ob die Liste der Vertreter so wie sie von der Mandatsprüfungskommission vorgelegt, sei genüge. Ein Antrag von Dreesbach, die Orte, welche vertreten seien, bei jedem Delegirten anzuführen, wurde abgelehnt und die Liste, wie sie vorgelegt, gutgeheißen. Dann fährt die Versammlung in der Berathung der Vorlage fort.

Bei der Diskussion über § 14 sprechen sich Aurin und Winter für die Wahl des Kassirers und Sekretärs in der Generalversammlung aus, während Hartmann beantragt, sämmtliche Vereinsbeamte in dieser Generalversammlung zu wählen. Die letztere Ansicht wird von Link, A. Kapel und Aurin vertheidigt, während Haustein sich dagegen und für Aufrechthaltung des Prinzips der direkten Wahl durch die Mitglieder ausspricht. Schallmeyer will vorläufig den § 14 wie er vorliegt annehmen und eine weitere Bestimmung über die Wahl des Präsidiums der nächsten Generalversammlung vorbehalten. Es wird sodann beschlossen, in Bezug auf die Wahl von Sekretär und Kassirer dem § 12 als Al. d. hinzuzufügen:

d) den Sekretär und den Kassirer zu wählen.

und dem § 14 dem Al. 2 in Bezug auf die Ersatzmänner am Schluß hinzuzufügen:

und dem Präsidium mit berathender Stimme beizuwohnen.

Ein Beschluß, die Wahl des Präsidiums auf der Generalversammlung stattfinden zu lassen, wird zunächst angenommen, im Verlauf der Generalversammlung aber zum Theil dahin interpretirt, daß nicht durch die Generalversammlung, sondern durch ihre Vermittlung die Wahl stattfinden solle, und schließlich ganz verworfen zu Gunsten der direkten Wahl.

Bei § 15 erhebt sich bei Alinea a) eine Debatte, indem Aurin das Verlangen stellt, daß auch die Unterbeamten von der Generalversammlung gewählt werden. Die Versammlung beschließt, dem Alinea a) hinter den Worten: auch die Beamten außer — hinzuzufügen: „dem Sekretär, Kassirer und". — Die übrigen Positionen werden nach der Vorlage genehmigt.

Der Präsident macht zu § 16 darauf aufmerksam, daß nach den früheren Beschlüssen die Alinea 1 bis 5 des § 16 einer anderen Fassung unterworfen resp. gestrichen werden müssen. In Betreff des Alinea 6 macht der Präsident darauf aufmerksam, daß, da nach dem früheren Beschluß die Vereinsbeamten von der Generalversammlung gewählt werden, das Präsidium die Verantwortung für diejenigen, die es nicht angestellt haben, auch nicht übernehmen könne. Es müsse deshalb auch hier eine Aenderung vorgenommen werden.

Aurin und andere Redner bestreiten das; das Präsidium könne die Controlle dieser Beamten übernehmen und auch für ihr Thun und Treiben verantwortlich sein, wie das auch bei dem Allg. deutsch. Arb.-Verein geschehe, selbst auch wenn die Generalversammlung ihre Beamte wähle; diese werde schon sichere Personen nehmen.

Diese Ansicht veranlaßt den Präsidenten zu der Bemerkung: Verantwortlich für die Beamten könne das Präsidium nur dann sein, wenn es alle Beamte selbst anstelle, nicht aber, wenn diese Beamte von der Generalversammlung, wie hier beschlossen, gewählt würden. Der § 16 sei nur deshalb in dieser Fassung in den Entwurf gekommen, weil man voraussetzte, daß das Präsidium Sekretär und Kassirer anstelle, da sie nun aber von der Generalversammlung gewählt werden sollten, so müsse auch diese Bestimmung wegfallen. Wenn von den vorhergegangenen Rednern auf den Allg. deutsch. Arb.-Verein verwiesen sei, daß dort der Präsident ebenfalls für den Sekretär und Kassirer verantwortlich sei, so mache er darauf aufmerksam, daß im Verein die Sache anders liege. Es sei in den Einrichtungen des Vereins das Gegengewicht vorhanden, daß der Präsident die volle Verfügung über die Ausgaben habe, sich also stets so einrichten könne, daß keine Gefahr von großen Veruntreuungen durch den Kassirer vorhanden sei. Das Verbands-Präsidium könne aber sich nicht gegen einen Kassirer sichern, der von der Generalversammlung gewählt werden solle.

Tölcke verweist darauf, daß es überhaupt besser sei, den ganzen § 16 zu streichen.

Aurin und Andere meinen, daß die Verbands-Generalversammlung sichere Männer wählen werde.

Nach einiger Diskussion wird auf Antrag von Klein (Elberfeld) der ganze § 16 gestrichen.

Winter (Altona) macht zu § 17 darauf aufmerksam, daß, da der Vereinssekretär nach den früheren Beschlüssen der Versammlung von der Generalversammlung gewählt werden solle, hier auch eine andere Bestimmung bezüglich seiner Unterordnung unter den Präsidenten Platz greifen müsse.

Der Präsident bestätigt das: habe man einen Beschluß gefaßt, so müsse man auch die Consequenzen daraus ziehen, oder den früheren Beschluß aufheben. Sonst würden dem Präsidenten außerordentliche Unzuträglichkeiten daraus erwachsen.

Klein (Elberfeld) stellt den Antrag, das Alinea 2 des § 17 von „oder erhalten rc." ab zu streichen.

Schallmeyer (Hamburg) glaubt, daß der Präsident auch entstehende Schwierigkeiten zu überwinden wissen werde. Allerdings müsse er anerkennen, daß das, was der Präsident darüber gesagt habe, Wahrheit sei und er glaube, daß die Delegirten bei ihrer Abstimmung (siehe § 12) über die Präsidentenwahl die Tragweite ihres Beschlusses sich nicht klar gemacht hätten.

Der Präsident macht einige Ausführungen zu Gunsten der direkten Wahl des Präsidiums.

Bei der nunmehr folgenden Debatte spricht sich die Mehrzahl der Redner dahin aus, daß sie den Beschluß über § 12 nicht in dem Sinne, daß der Präsident durch die Generalversammlung direkt gewählt werden solle, aufgefaßt habe.

Mann (Eschweiler) stellt den Antrag, den Beschluß, daß der Präsident auf der Generalversammlung gewählt werden solle, wieder rückgängig zu machen und

Liebisch (Hamburg) beantragt, die Debatte über § 12 wieder aufzunehmen.

Der letztere Antrag wird von Siegrist und Lehder. zwar bekämpft, jedoch mit sehr großer Majorität angenommen und die Debatte über § 12 nochmals begonnen. Bei derselben führt der Präsident zunächst aus: daß das Princip des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts auch innerhalb der Partei zur Geltung gebracht werden müsse.

Link ist für Wahl auf der Generalversammlung; Winter für direkte Präsidentenwahl und Wahl der Vicepräsidenten auf der Generalversammlung. Richter und Frick sprechen für direkte Wahl. Der Präsident schließt sich der Ansicht Frick an, daß Garantien gegen den Mißbrauch des allgemeinen Stimmrechts geschaffen werden müßten und daß daher die Wahl des Präsidiums vier oder acht Wochen nach der ordentlichen Generalversammlung zu erfolgen habe.

Der Schluß der Diskussion über § 12 wird angenommen und zur Abstimmung über die Frage geschritten:

Sollen die drei Mitglieder des Präsidiums durch die allgemeine, gleiche und direkte Wahl gewählt werden?

Diese Frage wird fast einstimmig bejaht und dann vom Präsidenten um 4½ Uhr die Sitzung auf Freitag früh 10 Uhr vertagt.

Dritter Tag.

Berlin, den 14. Januar.

Präsident Dr. v. Schweitzer eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Anwesend sind circa 50 Delegirte, deren Zahl sich im Laufe der Debatte erheblich vermehrt. — Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und nach einigen Aenderungen und Zusätzen genehmigt. Hierauf wird die Spezialdebatte über den Statutenentwurf fortgesetzt.

Zur Geschäftsordnung beantragt Aurin nochmalige Abstimmung über den § 12, da ein großer Theil der Delegirten über dieselbe in Zweifel seien. Nach kurzer Debatte wird dieser Antrag abgelehnt.

Nachdem der Präsident Dr. v. Schweitzer den Vorsitz an Lübkert übergeben, macht er darauf aufmerksam, daß durch den gestern beschlossenen Zusatz zu § 3, „Jeder könne Mitglied werden, welcher sich für die Arbeitersache interessire", das Grundprincip des Vereins verletzt werde. Derselbe repräsentire den Gegensatz zwischen Capital und Arbeit und deshalb dürften nur Lohnarbeiter in demselben aufgenommen werden. Wenigstens müsse dies die Regel sein, Ausnahmen allerdings vorbehalten, wie dies auch in der Vorlage geschehen. — Nach kurzer Debatte, an welcher sich Aurin, Schalmeyer und Richter betheiligen, beschließt die Versammlung, den § 3 nach dem Antrag des Präsidenten unverändert aufzunehmen.

Die §§ 17, 18 und 19 werden ohne erhebliche Debatte genehmigt.

Zu § 20 bemerkt Dr. v. Schweitzer, daß er den ersten Satz im Alinea 2:

Die Wahlen haben im ersten Quartal jedes Kalenderjahres stattzufinden.

zurückziehe und statt desselben setzen wolle:

Die Wahlen haben binnen 8 Wochen nach der Generalversammlung stattzufinden.

Nach kurzer unerheblicher Debatte, an welcher sich Aurin, Dr. v. Schweitzer, Hörig, O. Kapell, Haustein und Liebisch betheiligen, wird § 20 mit der vorgeschlagenen Aenderung ebenfalls angenommen.

Zu § 21 schlägt Schenck (Augsburg) vor, auch den Ausschuß durch direkte Wahl zu wählen. O. Kapell widerspricht diesem Vorschlage und empfiehlt unveränderte Annahme des Paragraphen. Die Versammlung stimmt dem zu und genehmigt § 21 in der Fassung der Vorlage.

Zu § 22 verlangt A. Kapell zur Beschlußfähigkeit des Ausschusses eine zwei Drittel Majorität, womit sich Dr. v. Schweitzer nur dann einverstanden erklärt, wenn dem Präsidium die Befugniß im § 24 eingeräumt wird, an Stelle des Ausschusses selbstständig Beschluß zu fassen, wenn dasselbe zweimal vergeblich den Versuch gemacht hat, den Ausschuß beschlußfähig zusammen zu bringen.

Aurin verlangt für die Ausschußmitglieder eine Entschädigung, deren Höhe die Versammlung bestimmen möge.

v. Mitzel schlägt vor, die Einladungsschreiben nicht durch die Post, sondern durch Boten bestellen zu lassen.

Lange beantragt, jedes Ausschußmitglied, welches dreimal nicht in der Sitzung erschienen ist, für ausgeschieden zu betrachten.

Siegrist will den Ausschußmitgliedern eine Entschädigung von 15 Sgr. gewährt wissen.

Liebisch beantragt, zu beschließen: daß es dem Präsidium überlassen bleibe, den Ausschußmitgliedern eine Entschädigung zu zahlen. — Bei der Abstimmung nimmt die Versammlung die Anträge Lange und Liebisch an und erhält danach § 22 nunmehr folgende Fassung:

Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn in einer ordnungmäßig angesetzten Sitzung zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind. Es genügt zur ordnungsmäßigen Einberufung, wenn die Einladungen zur Sitzung 24 Stunden vor Beginn derselben zur Post gegeben sind. Es ist dem Ausschuß gestattet, zu einzelnen Sitzungen Vertrauensmänner mit berathender Stimme zuzuziehen. Wenn ein Ausschußmitglied ohne triftige Entschuldigung dreimal in den Ausschußsitzungen fehlt, dann soll dasselbe als aus dem Ausschuß ausgeschieden betrachtet werden. Das Verbandspräsidium kann auf Antrag des Ausschusses für einzelne Sitzungen den Ausschußmitgliedern eine angemessene Entschädigung bewilligen.

§ 23 wird nach einer kurzen Bemerkung von Zielowsky unverändert angenommen.

Die Arbeitseinstellungen und Arbeitsausschlüsse kommen zur Verhandlung.

§ 24 wird nach längerer Debatte, an welcher sich A. Kapell, Renz und Aurin betheiligten, in allen seinen Punkten unverändert genehmigt.

Die Debatte über § 25, in welcher sich Siegrist, Hartmann, Schallmeyer, Haustein und O. Kapell betheiligen, dreht sich vorzugsweise um die Bestimmung im Absatz 1 über die Behandlung der Arbeitseinstellungen, welche vor der Einstellung nicht bei dem Verein angemeldet sind. Die Versammlung nimmt indeß auch diesen Paragraph unverändert an.

Dem § 26 wird hinter den Worten „Aussetzung der Arbeit seitens des Lohnherrn" der Zusatz gegeben: „in Folge des Auftretens der Arbeiter für die Arbeitersache."

Präsident v. Schweitzer erläutert zu § 27 die Einsetzung der ständigen Kommissionen. Wollte man dem Präsidium ganz allein die Leitung der Geschäfte überlassen, so könnte es leicht kommen, daß die Arbeiter selbst mundtodt gemacht würden.

Der Paragraph wird ohne weitere Debatte angenommen.

Bei § 28 giebt Präsident v. Schweitzer zu a. der Versammlung anheim, den Bericht nur alle Vierteljahre einzufordern.

Aurin wünscht zur bessern Beurtheilung der Verhältnisse die Beibehaltung des Wortlauts.

Liebisch (Hamburg) spricht ebenfalls für die monatliche Pflicht und für ein Resumé derselben im Vereinsorgan.

Präsident v. Schweitzer hält letzteres für selbstverständlich; wenn die Kommissionen ihre Aufgabe richtig auffassen, würde damit der Grund zu einer umfassenden Arbeitsstatistik gelegt werden.

Hörig sieht in den Kommissionen gewissermaßen die Pflanzschule für tüchtige Verwaltungsbeamte.

Die Versammlung hält den Wortlaut des Passus aufrecht, mit dem Hinzufügen, daß diese Berichte von Zeit zu Zeit veröffentlicht werden sollen. — Zu b. empfiehlt der Präsident die unbestimmte Fassung betreffs der Mitwirkung der Kommissionen bei Arbeitseinstellungen, um letztere nicht über den günstigen Zeitpunkt hinaus aufzuhalten. — Passus b., sowie c. d. e. f. g. werden fast ohne Debatte angenommen, außerdem folgender Zusatz beschlossen:

Die Kommissionen haben das Recht, über Streitigkeiten in Fällen des § 5 zu entscheiden.

Der Präsident erläutert bei § 29 die Abweichungen dieser Bestimmungen von den einschlägigen des jetzigen Statut mit der schnelleren und billigern Beweglichkeit der Gelder, für welche sich eine zwingende Nothwendigkeit herausgestellt hat. Dasselbe gelte von der Erhöhung der Tageskasse.

§ 29 wird genehmigt; § 30 wird ohne Debatte angenommen.

Zu § 31 schlägt der Präsident eine Umänderung der Fassung dahin vor, in dem Satze hinter dem Worte „Generalversammlung" zu setzen: „oder des Ausschusses" und den Betrag von 25 Thlr., über welchen der Präsident wöchentlich verfügen kann, auf 10 Thlr. zu ermäßigen, um jedes Miß-

trauen zu beseitigen. Die Versammlung genehmigt diese Veränderungen.

Nach kurzer Debatte wird bei § 32 auf Antrag Mann's, die Revisoren auf sofortigen Bericht über Ungehörigkeiten im Kassenwesen zu verpflichten, der Paragraph dahin geändert.

§ 33 wird ohne Debatte angenommen, ebenso § 34.

Der Präsident vertheidigt den Inhalt des § 35 mit etwaigen dringenden Vorkommnissen.

Link beantragt, behufs voller Wahrung der Rechte der Mitglieder, neben der ausdrücklichen Zustimmung des Ausschusses auch die eines Sechstels der Mitglieder zur Außerkraftsetzung von Beschlüssen früherer Generalversammlungen für nöthig zu erachten. Dieser Antrag wird abgelehnt und der Paragraph genehmigt.

Siegrist wünscht die Hinzufügung eines neuen Paragraphen, welcher das wann und wie der Unterstützungen bei Arbeitslosigkeit genau regelt.

Haustein wünscht diese Frage dem Ausschusse zu überlassen, der am besten die Verhältnisse in jedem einzelnen Falle beurtheilen könne.

Hörig hält aus gleichen Gründen die Einfügung eines solchen Paragraphen für unnöthig, ebenso Schallmeyer und Lübkert.

Mensing beantragt:

Wenn ein Mitglied in Folge seines Auftretens für die Arbeitersache brotlos geworden, so muß nach Feststellung der Sachlage durch die betreffende Kommission der übliche Lohnsatz ausgezahlt werden.

In der längeren Debatte über diese beiden Anträge, in welcher Siegrist seinen Antrag dahin modificirt:

Daß die Unterstützungsfrage einer an dem betreffenden Orte niedersetzenden Commission zur Erledigung überwiesen werde,

sprachen sich die meisten Redner gegen die Zusicherung des ortsüblichen Lohnes bei Strikes oder einzelnen Maßregelungen aus, da sonst leicht grober Mißbrauch mit den Vereinsgeldern getrieben werden könne; für die volle Entschädigung der Gemaßregelten trat besonders lebhaft Aurin ein.

Hentrich beantragt:

Daß für Gemaßregelte eine Durchschnittsentschädigung von 3 Thlr. pro Woche durch Beschluß der ständigen Commission gezahlt werde.

Der Präsident stellt folgenden Antrag:

Solche einzelne Arbeiter, die um der Arbeitersache willen gemaßregelt sind, erhalten für die Zeit, in der sie nachweislich keine Arbeit finden können, täglich 15 Sgr. Dieser Betrag kann durch den Ausschuß auf Antrag des Präsidiums erhöht werden,

befürwortet denselben mit dem Hinweis auf die Nothwendigkeit eines festen Rückhalts in der Noth, wenn rechte Freudigkeit in der Agitation herrschen solle.

Löffler befürwortet diesen Antrag.

Zielowsky ist gegen jede feste Normirung einer Unterstützung; wer nicht im schlimmsten Falle auch Noth ertrage, der sei nicht reif für das Prinzip.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Präsidenten abgelehnt.

Dieses Resultat ruft eine längere Geschäftsordnungsdebatte hervor, die zur Wiederaufnahme der Discussion über den Antrag selbst führt; zuletzt wird jede feste Normirung eines Unterstützungssatzes abgelehnt, womit sämmtliche Anträge fallen.

Schließlich wurde die ganze Vorlage in der Form, wie sie amendirt worden, angenommen.

In Betreff der Uebergangsbestimmungen beschließt die Versammlung, daß am 15 Juli d. J. die in den verschiedenen Verbands- und Hauptkassen befindlichen Bestände und Außenstände in die neu zu begründende Verbandskasse abgeführt sein sollen. Diese Kasse soll ebenso auch etwa vorhandene Schulden der einzelnen Kassen übernehmen und Mitglied derselben kann, ohne ein Eintrittsgeld zu zahlen, jedes bisherige Mitglied der Gewerkschaften werden.

Ferner beschließt die Versammlung nach kürzerer Diskussion: daß die nächste (erste) Generalversammlung des neuen Verbandes spätestens am 1. März 1871 stattzufinden habe; daß das nach der gegenwärtigen Generalversammlung zu wählende Präsidium des gegenwärtigen Verbandes die Leitung des neuen Verbandes bis zur ersten Generalversammlung desselben zu führen habe und daß der Verbandsausschuß des alten Verbandes gleichfalls, sobald der neue Verband ins Leben tritt, als Verbandsausschuß für den neuen Verband ebenfalls bis zur neuen Generalversammlung in Funktion verbleibe und durch Wahl der Berliner Verbandsmitglieder bis auf die Höhe der festgesetzten Zahl verstärkt werde. — Es wurde noch beschlossen, daß die 12 Städte, in denen die ständigen Commissionen errichtet werden sollen, in der am Abend wieder beginnenden Versammlung sofort gewählt werden sollen und es wurde auf Antrag von Mann (Eschweiler) das Präsidium ersucht, während der Pause eine Anzahl von Städten, welche zur Constituirung dieser Commissionen geeignet sind, aufzustellen.

Eine längere Diskussion entspann sich über die Frage, ob der Sekretär und Kassirer für den neuen Verband sogleich in der gegenwärtigen Generalversammlung gewählt werden sollen, oder ob man die einstweilige Ernennung bis zur nächsten Generalversammlung durch den Ausschuß erfolgen lassen wolle.

O. Kapell u. Finn beantragen sofortige Wahl dieser beiden Vereinsbeamten und die Versammlung tritt diesem Antrage mit der Modifikation bei, daß die Wahl in der Sitzung am Abend erfolgen solle.

Präsident Dr. v. Schweitzer regt sodann die Frage an, da bis zum 1. Juli der alte Zustand der Gewerkschaft noch verbleiben solle, ob es nicht gerathen sei, Mittel und Wege herauszufinden, um bis zum 1. Juli diejenigen Unzuträglichkeiten, welche durch das eigenmächtige Verfahren der Hauptkassirer herbeigeführt werden, abzustellen. Vielleicht sei das dadurch zu ermöglichen, daß die Hauptkassirer die Gelder früher, als in vierteljährlichen Fristen an die Verbandskasse abführen.

O. Kapell u. Zielowsky bestreiten, daß diese Unzuträglichkeiten durch die Hauptkassirer herbeigeführt würden; es geschehe dies vielmehr namentlich durch die Eigenmächtigkeit der Gewerkschaftspräsidenten.

Der Präsident will von einer Debatte über diese Frage abstehen, wenn die Gewerkschaften sich über geeignete Kassirer einigen können.

Lübkert (Berlin) ist der Ansicht, daß eine frühere Ablieferung der Kassengelder an die Verbandskasse, als eine vierteljährliche nicht durchführbar sei.

Werthmann (Berlin) hält dies doch für möglich und beantragt, einen sechswöchentlichen Ablieferungstermin zu beschließen.

Die Versammlung beschließt jedoch, für jetzt nicht nicht auf diese Frage weiter einzugehen und schließt der Präsident die Versammlung um 3¼ Uhr und beraumt die nächste Sitzung auf Abends 9½ Uhr an.

Wir bringen in nächster Nummer den Wortlaut des von der Verbandsgeneralversammlung beschlossenen Statuts für den Allgem. deutsch. Arbeiterunterstützungsverband.

Allg. deutsche vereinigte Metallarbeiterschaft.

Berlin, 17. Jan. (Genecalversammlung.) Die Delegirten tagten am 14. d. M. Da man in Anbetracht der am 1. Juli stattfindenden Verschmelzung der Gewerkschaften von einer Statutenänderung absah, so nahm dieselbe nur wenige Stunden in Anspruch. Die Anklage gegen den Präsidenten Herrn Haustein, welche Herrn Leyer aus Remscheid von Herrn Merbach aus Cassel übergeben war, wurde als unbegründet zurückgewiesen. Die von Herrn Dümling (Leipzig) der Generalversammlung vorgelegte Angelegenheit des Mitgliedes Leineweber und die von Herrn Siegerist (Frankfurt a. O.) vorgelegte Angelegenheit eines dortigen Mitgliedes wurden dahin erledigt, daß die betreffenden Mitgliedschaften selbst entscheiden möchten. Ein Antrag des Herrn Siegerist (Frankfurt a. O.): den Präsidentengehalt auf 12 Thlr. zu erniedrigen, wurde verworfen und die Höhe von 20 Thlr. belassen. Der Gehalt des Hauptkassirers wurde auf 10 Thlr. festgesetzt. Hierauf wurde einstimmig Herr Haustein (Offenbach) als Präsident wiedergewählt. Herr Schallmeyer (Hamburg) wurde zum ersten, Herr Siegerist (Frankfurt a. O.) zum zweiten Vicepräsidenten und als Vorort des Ausschusses fast einstimmig Hamburg gewählt.

Offenbach, 18. Jan. (Aufforderung.) Nachdem durch die Verbandsgeneralversammlung beschlossen worden ist, daß die einzelnen Gewerkschaften bis zum 1. Juli dis. noch fortbestehen sollen, werden alle diejenigen Mitgliedschaften, welche ihren Kassenbestand noch nicht an die Hauptkasse eingesandt haben, ernstlich aufgefordert, das Versäumte sofort nachzuholen, damit es der Hauptkasse möglich wird, den Mitgliedern, welche ihre Pflichten gegen die Gewerkschaft erfüllt haben, auch ihre Rechte statutengemäß zu gewähren. Zugleich werden diejenigen Mitgliedschaften, welche neue Bücher nöthig haben, benachrichtigt, daß dieselben bereits im Drucke sich befinden und von nächster Woche ab versandt werden können. J. Preiß, Hauptkassirer.

Lüneburg, 17. Jan. (Zum Strike.) Parteigenossen, unser Strike ist noch immer nicht beendet, wiewohl wir Alles aufgeboten haben, ihn siegreich durchzuführen. Wir haben Verhandlungen angeknüpft, um uns mit den Kapitalisten zu einigen. Die letzte Verhandlung führte aber dahin, daß 27 Familienväter, theils mit vielen Kindern, keine Arbeit wieder haben sollten und warum? weil sie zum zweiten Male den Kampf gegen das unbarmherzige Kapital aufgenommen hatten. Dieses durften wir nicht dulden. Ja, der Arbeiter wird auf die Straße geworfen von den humanen Geldmenschen, wenn er nur so viel verdienen will, daß er sein Dasein fristen kann. Aber es wird eine Zeit kommen, wo jene Kapitalisten ihre Thaten bereuen werden. Schon zeigt sich am fernen Horizont die Morgenröthe, und der Tag ist nicht mehr fern, wo wir freudig rufen können: es lebe die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Parteigenossen! laßt uns nicht im Stiche; bedenkt, wir feiern von dem 8. Oktober an und sind nicht im Stande gewesen, uns etwas zu verdienen. Die freiwilligen Gaben sind in letzter Zeit spärlich eingegangen und die Noth ist groß. Etwaige Unterstützungen wolle man senden an C. Lücken, Kollmannsstraße No. 2. Mit social-demokratischem Gruß. Die Strike-Commission.

Allgemeiner deutscher Maurer-Verein.

Berlin, 16. Jan. (An die Mitglieder.) Von der Generalversammlung aufs Neue zur ausführenden Behörde im Verein erwählt, rufen wir Euch allen ein frohes Neujahr zu. Sowie wir im alten Jahr das Banner der Arbeiterpartei haben flattern lassen, so wollen wir es auch im neuen Jahr. Deshalb frisch an die Arbeit! Es waren auf der Generalversammlung 479 zahlende Mitglieder durch 19 Delegirte vertreten. Dieselben haben beschlossen den §. 6 des Statuts unseres Vereins abzuändern und zwar wie folgt: „Wenn ein Mitglied in Folge seines Auftreten für die Arbeitersache brotlos geworden ist, so ist es berechtigt vom Tage der Arbeitslosigkeit an, seinen Unterhalt aus der Ortskasse und im Falle diese zu schwach ist, aus der Centralkasse zu beziehen, und zwar muß demselben eine Entschädigung nach Ermessen der Mitgliedschaft und der Oertlichkeit gemäß ausbezahlt werden ꝛc." An den Statuten der Reise- und Sterbekasse ist Nichts geändert; bei denen der Kranken- und Invalidencasse ist das Eintrittsgeld von 2 Sgr. auf 5 Sgr. erhöht worden, also heißt es jetzt §. 3: „Das Eintrittsgeld beträgt 5 Sgr. und ist an die Centralkasse zu entrichten u. s. w." In Betreff der Verschmelzung des Allgem. deutsch. Maurer-Vereins mit den am 1. Juli ins Leben tretenden Allgem. deutsch. Arbeiter-Unterstützungsverbande hat die Generalversammlung beschlossen: „Das Präsidium hat in der Zeit vom 1. bis zum 15. Mai d. J. durch Urabstimmung entscheiden zu lassen ob der Allgem. deutsch. Maurer-Verein in den Verein eintreten will. Es kann nur dann geschehen, wenn ⅔ der Mitglieder sich dafür entscheiden". Ins Präsidium wurden gewählt: Präsident G. Lübkert Berlin, erster Vicepräsident C. S. Bater Hamburg, weiter Vicepräsident F. Hurlemann Halberstadt, erster Ersatzmann E. Graendorf Berlin, und zweiter Ersatzmann W. Lange Berlin; zum Kassirer wurde Hartwig Walter Berlin ernannt. Kameraden, schwer ist die Verantwortung, welche wir, indem wir an Eure Spitze treten, übernehmen, wir geloben uns aber mit unserer Kraft ganz und voll aufzutreten für unser und Euer Recht. Wir wissen, daß wir ohne Euch Nichts sind, deshalb stehet fest, einig und entschlossen zu uns, dann werden wir hoffentlich auch in diesem Jahre gute Früchte ernten. Mit social-demokratischen Gruß für das Präsidium. G. Lübkert. E. Graendorf. W. Lange.

Allgem. deutsche Gewerkschaft der Schneider, Kürschner und Kappenmacher.

Hannover, 18. Jan. (Zur Notiz.) Ich möchte einem jeden Bevollmächtigten in Erinnerung bringen, daß bei Abreise eines Mitgliedes ihm genau die Adresse des Bevollmächtigten sowie der Mitgliederherberge des nächsten Ortes auf der bestimmten Reise mitzugeben ist, damit nicht, wie es hier in Hannover oft der Fall ist die Reisenden auf die Herberge unserer Gegner kommen, meine Adresse ist: C. Koch, Köbelingerstraße Nr. 43, die der Mitgliederherberge: Kellermann, Kremzstraße Nr. 10. Mit Gruß C. Koch, Bevollmächtigter.

Vermischtes.

Cöln, 19. Jan. (Zum Strike der Dachdecker.) Die hiesigen Dachdeckergesellen haben immer noch dreißig unbeschäftigte Kollegen, welche meist verheirathet sind. Die noch nicht nachgebenden Meister sind sehr hartnäckig, weshalb Hülfe noth thut. Die Forderungen der Strikenden sind gerecht, darum Brüder tragt Euer Schärflein bei; in ähnlichen Fällen werden unsere Dachdecker ein gleiches thun. Etwaige Geldsendungen wolle man gefälligst senden an Unterzeichneten, unter der Adresse Benefisstraße Nr. 16. Joseph Carmann, Bevollm. d. Maler, Lackirer u. Vergolder.

* Die Waldenburger Bergleute werden von der fortschrittlichen Bourgeoisie auf die schmählichste Weise im Stich gelassen. Die aus Schlesien auswandernden Bergleute, werden keineswegs, wie ihnen versprochen ist, auf einer wohl organisirten Etappenstraße und per Eisenbahn nach Westphalen befördert, sondern nur bis Magdeburg. Dort schickt man sie mit 10 Sgr. in der Tasche auf die Landstraße, so daß viele der verrathenen Bergleute hungernd, frierend und ohne Aussicht auf Arbeit in der Gegend von Halberstadt herumbetteln müssen. Wir bringen über diese Wirthschaft in der nächsten Nummer näheren Bericht nebst den nöthigen Beweisstücken, die uns unsere Parteigenossen in Halberstadt haben zukommen lassen. Uebrigens bitten wir die Parteifreunde allerorts, dem Treiben der Fortschrittler scharf auf die Finger zu sehen.

— (Ueber die Verfolgungen), die das liberale Bürgerministerium fortwährend gegen die Arbeiter in Oesterreich anstrengt, liegt ein fernerer officieller Bericht aus Reichenbach vom 19. Januar vor: Die Nacht ist ruhig verlaufen. Heute Vormittags erwarteten die Arbeiter die Zusammenrottungen und erhielten besonders starke Zuzüge vom Lande. Da die städtischen Sicherheitsorgane und die Gendarmerie zur Räumung und Absperrung der Straßen nicht mehr ausreichten, so rückte Militär aus. Bei der hierauf erfolgten Räumung des Hauptplatzes wurde durch die „zufällige" Entladung eines Gewehres ein Arbeiter getödtet. Es wurden mehrere Arretirungen vorgenommen. Die Aufregung dauert fort. Militärverstärkung wird erwartet. Die Ruhe ist hergestellt, das Militär größtentheils in die Kaserne zurückgekehrt. Schon wurde wegen Uebertretung des Gesetzes über das Versammlungsrecht vom Bezirksgerichte zu vier Wochen Arrest verurtheilt; er ist auf freien Fuß gesetzt und um 4 Uhr nach Wien abgereist.

— (Vierlinge.) In Wodnian (Böhmen) wurde am Dreikönigstage eine Frau von Vierlingen, zwei Knaben und zwei Mädchen, entbunden und befinden sich die Kinder wie die Mutter bis jetzt ganz wohl.

— (Abschaffung des Schulgeldes.) Die Stadtverordneten in M.-Gladbach haben mit sehr großer Majorität die Abschaffung des Schulgeldes in den Elementarschulen beschlossen.

Briefkasten.

Das Protokoll der Generalversammlung des Vereins kostet 2½ Sgr. und das Protokoll der Generalversammlung des Verbandes 2 Sgr. pro Stück. Die Versendung erfolgt nur nach vorheriger Einsendung des Betrages.

Ausnahmsweise können Bestellungen von mindestens 50 Exemplaren durch Paquetsendung unter Nachnahme des Betrages ausgeführt werden; bei kleineren Sendungen würde auf diese Weise der Preis des einzelnen Exemplars erheblich vertheuert werden. Es empfiehlt sich, wenn die Besteller bei ganz kleinen Aufträgen den Betrag in Briefmarken in den Brief einlegen. Die Versendung der bestellten Protokolle der G. V. ist erfolgt und nur diejenigen, welche zugleich Protokolle der Verbandsgeneralversammlung bestellt haben, müssen noch einige Tage sich gedulden, da beide Protokolle ihnen zusammen zugesandt werden.

Wir ersuchen die Parteigenossen, Artikel, deren Aufnahme in der nächsten Nummer gewünscht wird, so abzusenden, daß sie nicht an den Tagen, wo die Zeitung erscheint (Dienstag, Donnerstag und Sonnabend), sondern einen Tag früher anlangen. Treffen sie später ein, so kann ihre Aufnahme nur ausnahmsweise erfolgen. Gleichfalls bitten wir die Annoncen möglichst früh uns zu übersenden.

Annoncen.

Der Arbeiterkalender
des „Social-Demokrat."
Preis 5 Sgr., Dutzend 1 Thlr. 15 Sgr.
(Wird nur gegen Baareinsendung des Geldes verschickt.)
Wir empfehlen den Parteigenossen den erwähnten Kalender dringend zur Anschaffung, da derselbe bei dem geringen Preise und dem reichhaltigen, echt socialistischen Inhalt verdient, von jedem Lassalleaner angeschafft zu werden.
Wir ersuchen die Parteigenossen, schleunigst ihre Bestellungen zu machen, da die Auflage fast vergriffen ist.
Für die Redaktion des „Soc.-Dem."
W. Grüwel, Gitschinerstr. 17.

Für Berlin.
Allgemeiner deutscher Arbeiter
Geschlossene Mitgliederver
Dienstag, den 25. Januar, Abend
im Etablissement „Banzhall", Dresd
Tagesordnung:
1) Bericht über die Generalversamm
kussion. — 2) Die Versammlung am
„Neuen Gesellschaftshause."
Die Mitgliedskarten sind vorz
Um zahlreiches Erscheinen wird ersuc
C.

Für Berlin.
Allg. deutsch. Schuhmacher
Versammlung
Montag, den 24. Jan., Abend
Mittelstr. 57 (zur guten Quelle), im Sa
Tagesordnung:
1) Vortrag des Präsidenten. — 2
Aurin.
Gäste haben Zutritt.

Für Berlin.
Allgem. deutsch. Zimmerer
Versammlung
Geschlossene Mitgliederversa
Montag, den 24. Januar, Abe
in Baade's Lokal, Große Frankfur
Tagesordnung:
1) Vortrag von Herrn August Ka
des Ausschusses. — 3) Innere Vereinsan
4) Fragekasten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Für Berlin.
Allg. deutsch. Maurer-
Versammlung.
Die Mitglieder, welche der Strike-K
werden zum **Dienstag, den 25. Janu**
7 Uhr, nach Wolter's Lokal, vor dem
hiermit gütigst eingeladen.
NB. Die Quittungsbücher sind vorzu

Für Hamburg.
Allg. deutsch. Schuhmacher
Geschlossene Versammlu
Montag, den 24. Jan., Abend
bei Herrn Lüders.
Tagesordnung:
1) Abrechnung. — 2) Berichterstattu
zeichneten. — 3) Vorstandswahl.
NB. Die Mitgliedsbücher sind z

Für Hamburg.
Allg. deutsch. Maurer-Verein u. A
Zimmerer-Verein.
Donnerstag, den 27. Jan., Abend
Mitgliederversammlung
in Tütge's großem Salon, Valentin
Tagesordnung:
Bericht der Delegirten über die Gener

Geschlossene Mitgliederversa
Dienstag, den 1. Februar, Abend
im ehemaligen Tischler-Amthaus, B
Tagesordnung:
1) Fortsetzung der Donnerstags-Ba
2) Kassenabrechnungen von 1869. — 3
Bevollmächtigten u. s. w.
Alle Hamburger, Altonaer und Wand
werden dringend eingeladen, in den bel
lungen zu erscheinen; es ist überhaupt die
der Mitglieder, zu erscheinen.
Vater, Ebel, Bev
NB. Zur Erleichterung für die Mitgl
Protokolle abzuholen von Sonntag ab
Langereihe Nr. 951., St. Georg und bei
Kurzstr. 30.

Für Hamburg.
Officielle Versamml
der hiesigen Mitglieder des
Allgemeinen deutschen Arbeiter-
Montag, den 24. Januar, Aben
in Tütge's kleinem Salon, Valentin
Tagesordnung:
Besprechung socialer Fragen. — Ver
Im Auftrage der hiesigen Mitglie
A. Hörig, Bev
NB. Meine Wohnung ist Dornbus
A. Schulz.

Für Altona.
Große öffentliche Vers
in Wittmaack's Salon, Große B
Das Nähere durch die Plakate.
Geor

Für Hamburg.
Unterzeichneter empfiehlt den geehrten
sein bedeutendes Lager von Cylinder- und
so wie auch eine Auswahl von Sey- u
zu äußerst billigen Preisen unter zweijäh
Auch werden alle Sorten Uhren auf das
rirt. Anere-Uhren werden gereinigt für
Cylinder-Uhren für 1 Mk. 8 ß, Federn
setzt für 1 Mk. 8 ß, bei 1 Jahr Garantie.
H. Tegen, Uhrmacher, Neustädter Re
von Kohlhöfen.

Für Hamburg.
Bestellungen auf den Social-Demokrat"
fende Quartal nehme ich noch fortwähren
den Versammlungen und in meiner Wohn
Großneumarkt und der Marktstraße unter
F. Ba

Für Paris.
Die hiesigen Lassalle
versammeln sich
jeden Dienstag Abend:
im deutschen Casino (Harmonie) 64,
bourg St. Martin.

Druck von B. Bergmann in
Verantwortl. Redakteur u. Verleger W. Grü